



Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbefellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Paltzale oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Graf in Wildbad.



Nummer 44 Februar 179. Wildbad, Mittwoch, den 23. Februar 1921 Februar 179. 55. Jahrgang

Sagespiegel.

Der württ. Landtag hat die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Rapp erteilt.

Die in der Reichsregierung vertretenen Parteien wollen bei der Neubildung der preussischen Regierung für Reich und Preußen die gleichen Koalitionen aufstreben. Der preussische Landtag ist sich künftig unter Einfluß von 22 ober-schlesischen Abgeordneten aus der Landesversammlung nach dem vorläufigen Wahlergebnis zusammen aus 113 Mehrheitssozialisten, 26 Demokraten, 90 Zentrumsmitgliedern, 57 Deutschen Volksparteilern, 73 Deutschnationalen, 4 Wirtschaftsparteilern, 28 Unabhängigen und 30 Kommunisten.

Die Münchner Konferenz der deutschen Ernährungsminister hält die Zeit für die freie Wirtschaft bezüglich des Getreides noch nicht für gekommen.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist in Leipzig zusammengetreten.

Die deutschen Sachverständigen für die Londoner Konferenz haben dem Minister des Äußeren Dr. Simons Bericht erstattet. Die Denkschrift soll die völlig ablehnende Haltung Deutschlands gegenüber den Ententevorschlügen eingehend begründen. Am Sonntag reisen die deutschen Vertreter nach London ab.

Die Londoner Konferenz hat die Volksabstimmung für Oberschlesien und zwar gleichzeitig für die Landbewohner und für die außerhalb des Landes wohnenden Abstammungsberechtigten auf den 20. März anberaumt. England stellt Abstimmungspolizei.

Die Wiederherstellungskommission schreibt der deutschen Regierung für die Prüfung der angemeldeten Schäden eine bestimmte Arbeitsmethode vor.

Frankreich und Polen haben ein politisches Abkommen unterzeichnet, dem bald ein wirtschaftliches folgen soll. Frankreich will sich 12 Markschale leisten.

Die französische Schadenrechnung 66 Milliarden Mark.

Ueber die von Frankreich der Wiederherstellungskommission vorgelegte Berechnung der von Deutschland zu vertretenden Kriegsschäden liegt, wie bereits kurz berichtet, eine Gesamtübersicht vor. Danach verlangt Frankreich:

Für Personenschäden 4,9 Milliarden Franken, für Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer 12,9 Milliarden Franken, für Militärpensionen 60,0 Milliarden Franken, für Sachschäden 140,7 Milliarden Franken, zusammen 218,5 Milliarden Franken.

Die Berechnung ist in französischer Währung aufgemacht, lautet also auf Papierfranken. Die Endsumme entspricht, bei Umrechnung über den amerikanischen Dollar zu dem letzten an der New Yorker Börse notierten Kurs des französischen Franken einer Summe von 66 Milliarden Goldmark. Von den Sachschäden betreffen 127 Milliarden Franken, also zum letzten Kurs über 38 Milliarden Goldmark, die zerstörten Gebiete in Frankreich. Die Berechnung geht von den Vorkriegswerten und vervielfältigt diese mit einer der Preissteigerung in Frankreich entsprechenden Zahl bei der Mehrheit der Schadensgruppen mit fünf.

Die vorstehende Meldung bezieht sich auf ein dickes Buch von 350 Seiten, dessen einzelnes Kapitel sich mit der Festlegung der industriellen Schäden, den Schäden an unbebautem Grunde, am Grundeigentum, an öffentlichen Arbeiten, an öffentlichen Gebäuden usw. beschäftigt. Wie kommt die Berechnung zustande? Was bedeutet Vorkriegswert? Vorkriegswert kann streng genommen nur bei den Sachschäden in Anwendung kommen. Nicht aber bei Pensionen und Zuwendungen an Hinterbliebene, für die es einen entsprechenden Maßstab nur ganz unvollkommen geben kann. Und doch sind gerade die Zuwendungen an Hinterbliebene ihrer Berechnung nach nach dem Vorkriegswert erfolgt. Und wie erfolgt die Vervielfältigung mit fünf? Man kann doch Leistung und Geldwertwert nicht trennen. Also den Geldwert von dem Geldkurs nicht abhängig machen. Vorkriegswert mal fünf könnte doch nur die Umrechnung der Goldmarken in Papiermarken bedeuten. Unter diesem

Gesichtspunkt aber sind 38 Milliarden Goldmark als Vorkriegswert eine Summe, die über die tatsächlichen Verhältnisse weit hinausgeht. Infolgedessen ist es gerade hier nötig, die französische Berechnung einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. Auch ist die Berechnung der Gebäudeschäden offenbar nicht ganz eindeutig. Hier werden der Wert von 1914 und die Kosten des Wiederaufbaus bekannt gegeben, wobei besonders eine Zahl für die Feldentwertung von 5,7 in Rechnung gestellt wird. Fast scheint es, als habe man den tatsächlichen Schaden, der in keiner Weise viel über 10 Milliarden hinausgehen kann, sehr wahrscheinlich aber, aus früher entwickelten Grundätzen, darunter bleibt, zugrunde gelegt und einfach mit fünf multipliziert und auf diese Weise die neue Goldfrankenbasis gefunden.

Daß bei einem derartigen Verfahren aber sich keine Aufstellung ergeben kann, ist selbstverständlich. Das Wesentlichste ist der Nachweis, wie diese Zahlen etwa der zerstörten Gebäude geunden sind. Wieviel Häuser sind tatsächlich von den Deutschen zerstört, welche Einzelwerte sind dafür eingesetzt usw. Darüber gibt der bisher der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Auszug noch keinen genügenden Aufschluß. Auch nicht darüber, nach welchen Grundätzen auf deutscher Seite die „Prüfung der einzelnen Teilrechnungen“ erfolgt und was unter dem Begriff „Teilrechnungen“ zu verstehen ist. Das aber ist dringend nötig. Die Prüfungszeit, die der deutschen Regierung zur Verfügung steht, umfaßt kaum 1 1/2 Monate. Das deutsche Einspruchsrecht ist nämlich schon vor dem 25. April abgelaufen, da die Wiederherstellungskommission die Gesamtsumme der zu ersetzenden Schäden bekannt gibt. Wie soll also in dieser Zeit das umfangreiche Material tatsächlich geprüft werden? Die deutsche Regierung hat denn auch bereits auf diese Unzutraglichkeiten hingewiesen.

Das Holzabkommen.

Die Verhandlungen mit der feindlichen Wiederherstellungskommission über eine Holzlieferung von einer Million Kubikmeter, in Rundholz gerechnet, in Anrechnung auf die gesamten Anordnungen von Holz haben einen vorläufigen Abschluß geunden. Eine Verständigung über die Preise, die Deutschland gutgeschrieben werden sollen, war nicht möglich, da die Wiederherstellungskommission Preise angeboten hatte, die erheblich unter den deutschen Marktpreisen liegen und die Aufbringung des Holzes finanziell unmöglich machen. In langen Verhandlungen, die seit August 1920 geführt werden, wurde ein Lieferungsvertrag mit Lastenheften vereinbart, der außerordentlich hohe Anforderungen an die zu liefernden Hölzer bezüglich der Ausmaße und Qualität stellt.

Bei den Preisverhandlungen hat die Wiederherstellungskommission beispielsweise für Schnittholz im Durchschnitt 700 Mark angeboten, ein Preis, zu dem das in den Lastenheften vereinbarte Holz mit vorwiegend schweren Ausmaßen, also großen Bäumen, nicht auszubringen ist, der weder in Deutschland noch in irgend einem anderen Land existiert.

Wenn für Rundholz 280 Mk. für den Kubikmeter geboten werden, so bedeutet das nach Abzug der Transportkosten und sonstigen Unkosten, — denn der Preis versteht sich frei Grenze — einen Preis von 50—100 Papiermark gleich 3,6—7,2 Goldmark für den Festmeter im Wald, wo dasselbe Rundholz vor dem Krieg schon 25 Goldmark gekostet hat. Große Lieferungen zu derartigen Preisen würde eine schwere finanzielle Schädigung Deutschlands bedeuten.

Die deutsche Regierung hat sich zur Durchführung der Holzlieferung bereit erklärt; sie muß aber damit rechnen, daß die Wiederherstellungskommission entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrags alle Sachleistungen zu ihrem vollen Wert zur Anrechnung bringt.

Amerikanische Mehl- und Getreideeinfuhr.

Im verflohenen Herbst tauchte der Plan auf, mit Hilfe der deutsch-amerikanischen Bäcker aus den Vereinigten Staaten Mehl oder Brotgetreide nach Deutschland einzuführen. Die Amerikaner hatten damals mit den Bäckerorganisationen in Deutschland ein Uebereinkommen getroffen. Das Unternehmen scheiterte am Widerstand des Reichsernährungsministeriums

und der Reichsgetreidekasse, die der Ansicht waren, daß die private Einfuhr von Mehl oder Getreide eine Durchbrechung der Zwangswirtschaft bedeute, und dem angeführten Hilfswerk die Genehmigung verweigerten. Inzwischen haben sich die Dinge wesentlich geändert, und die Reichsgetreidekasse steht heute selbst grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß ohne freie Wirtschaft die Brotversorgung sich nicht weiter durchführen lasse. Infolgedessen sind auch die Beziehungen zu den deutsch-amerikanischen Fachorganisationen wieder aufgenommen worden, und in den nächsten Tagen finden Besprechungen zwischen Vertretern der Bäckerverbände und Beauftragten des Reichswirtschaftsrates statt. Aus den hier geflozogenen unverbindlichen Vorbesprechungen geht hervor, daß man die private Einfuhr von Getreide oder Mehl nicht mehr grundsätzlich verwirft. Man wird daher aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Einigung in der Weise kommen, daß Privatorganisationen Hand in Hand mit der Reichsgetreidekasse arbeiten, und daß die Berechnungen ebenfalls bis auf weiteres über die in Frage kommende Reichsstelle gehen. Im nächsten Monat wird eine größere Kommission deutsch-amerikanischer Bäcker 40 große deutsche Städte besuchen, um auf Grund der Beobachtungen Grundlagen für die Lieferungen zu schaffen.

Gemeinsame Abstimmung in Oberschlesien.

London, 22. Febr. Die Londoner Konferenz, die gestern ihren Anfang nahm, hat beschlossen, daß die Landbewohner Oberschlesiens und die außerhalb wohnenden Abstammungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen. Die Abstimmung soll am 20. März oder nicht viel später stattfinden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe wird England vier Bataillone der Abstimmungskommission zur Verfügung stellen.

Paris, 22. Febr. „Echo de Paris“ meldet: Die „Aenderung“ im Wahlverfahren ist dem englischen und italienischen Militärkommissar bei der Abstimmungskommission in Opatowitz zuzuschreiben, die verlangten, daß die Abstimmung nach den Vorschriften des Friedensvertrags und nicht nach den nachträglichen Bestimmungen der Uebervachungskommission (General Verordn.), die allerdings vom Vorkriegsrat gebilligt wurden, ausgeführt werde. Die beiden Kommissare behaupteten, die polnischen Einwohner hätten nach diesen Bestimmungen den nicht ortsanfässigen Abstammungsberechtigten, die 8 Tage nach der eigentlichen Wahl ihre Stimme abgeben sollten, große Schwierigkeiten machen können, und dadurch würde eine wirkliche polnische Gefahr geschaffen, während man durch die getrennte Abstimmung eine angebliche „deutsche Gefahr“ verhüten wollte. Es haben sich auch nur 50 000 außerhalb Oberschlesiens wohnende Abstammungsberechtigte zur Teilnahme gemeldet, nicht 350 000 (wie von der Abstimmungskommission verbreitet worden war) und diese Zahl werde an der Entscheidung durch die 800 000 einheimischen Wähler nicht viel ändern können. Briand widerlegte sich dem Vorbringen mit großer Entschiedenheit; er erklärte, der Oberste Rat habe nun einmal so entschieden und daran dürfe von keiner Regierung mehr etwas geändert werden. Es kam zu einer zwei Stunden dauernden, sehr unangenehmen Auseinandersetzung, doch wurde Briand überstimmt und er mußte sich unterwerfen.

Erklärung des Deutsch-Evang. Kirchenausschusses zur Schulfrage.

Der Deutsche Evang. Kirchenausschuß hat am 10. Februar eine Erklärung erlassen, in der er mit Nachdruck auf die Erhaltung der evang. Schule eintritt und zu dem in Vorbereitung befindlichen Reichsschulgesetz Stellung nimmt. Er spricht dabei u. a. folgende Erwartungen aus: daß das Gesetz von langer her bestehende Schularten ohne weiteres fortbestehen lasse, sofern nicht eine nennenswerte Anzahl von Erziehungsberechtigten eine andere Schulart beantragen; daß bei Abstimmungen über die Schulart beide Eltern stimmberechtigt seien; daß bei Auslegung des § 146 der Reichsverfassung („geordneter Schulbetrieb“) nicht organisatorische und technische Gesichtspunkte dem eigentlichen Bildungs- und Erziehungsziel vorrangiggestellt werden; daß die Entscheidung darüber, ob ein Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundätzen der betr. Religionsgesellschaft erteilt werde, der Religionsgesellschaft



Witz zuecke; daß die Schüler der Schule, in denen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach wird, an diesem Unterricht teilzunehmen haben, sofern sie nicht abgemeldet werden; daß die vom Staat auf Grund von § 147 der Reichsverfassung zugelassenen Privatschulen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden; daß bei der künftigen Gestaltung der Lehrerausbildung ebenfalls auch für die Heranbildung von Lehrern gesorgt werde, die in die evangelische Welt- und Lebensanschauung eingeführt und befähigt sind, ev. Religionsunterricht zu erteilen.

Neues vom Tage.

Die Besetzung.

Paris, 22. Febr. Havas meldet aus London: Im Unterhaus wurde von der Regierung auf eine Anfrage erklärt, bezüglich der Besetzungsbauer des Rheinlands und der Verlängerung der Besetzung für den Fall, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfülle, habe sich die Lage nicht geändert. Die Artikel 428 bis 431 des Friedensvertrags behalten nach wie vor ihre Gültigkeit.

Das französisch-polnische Bündnis.

Paris, 22. Febr. Die französische Regierung gab gestern den Verbündeten Kenntnis von dem am 19. Februar unterzeichneten französisch-polnischen Bündnis. Die Vertragsschließenden verpflichten sich, über alle auswärtigen Fragen, die beide Staaten interessieren, sich zu verständigen. Beim Wiederaufbau wollen sie sich gegenseitig unterstützen und Sonderabkommen, Handelsverträge usw. schließen. Im Fall eines „nicht herausgeforderten“ Angriffes werden sie sich ihren Besitzstand durch gemeinsame Verteidigung sichern. Sie werden sich gegenseitig beraten, bevor sie Abkommen treffen, die ihre Politik in Mittel- und Osteuropa betreffen. — Ein wirtschaftliches Sonderabkommen (Obereschleien?) ist nach dem „Temps“ dem Abschluß nahe.

Paris, 22. Febr. Die spanische Regierung hat auf Gesuchen Frankreichs den Ausschub der Rückzahlung des gestern fälligen zweiten Teils der Anleihe an Frankreich bewilligt.

Die Londoner Konferenz.

London, 22. Febr. Gestern wurde die Londoner Konferenz im St. James-Palast eröffnet. Nachmittags nahm die Konferenz den Bericht des griechischen Ministerpräsidenten Kalogoropoulos über die Lage in Kleinasien entgegen, der sich für vollständige Beibehaltung des Vertrags von Sevres erklärte. Griechenland werde mit den Türken allein fertig und bitte nur um die Erlaubnis, Anleihen im Ausland anzunehmen zu dürfen. Der französische General Gouraud berichtete über die Lage in Syrien und Libanon.

Der Vertreter von Angora, Bekir Sami Bey, erklärte auf seiner Durchreise in Paris, nur die Regierung Kemal sei als Vertretung des türkischen Volks zu betrachten. Die Vertreter von Konstantinopel haben weder einen Auftrag noch eine Macht.

Der „Manchester Guardian“ schreibt: Die Orientkonferenz beginnt mit einer klaren Spaltung der Meinungen zwischen Frankreich und Italien auf der einen Seite und Großbritannien auf der anderen. Die britischen Vertreter wollen keine Abänderungen des Vertrags von Sevres bezüglich der Gebietsverteilung. Die Franzosen und die Italiener sind anscheinend für eine Abänderung. Die britische Absicht ist, kurz gesagt, die: Der Vertrag von Sevres ist vielleicht nicht vollkommen. Er war jedoch die beste Lösung, die die Verbündeten finden konnten. Sein Einspruch ist, aus dem türkischen Reich alle nichttürkischen und insbesondere die christlichen Weichte herauszunehmen. Die Türkei als herrschende Macht ist verschwunden. Lloyd George und das Auswärtige Amt werden nicht bereit sein, darauf zurückzukommen. Es seien jedoch Änderungen an dem Vertrag möglich, die dem Stolz der Türkei schmeicheln mögen, insbesondere Abänderungen, durch die die Freiheit und Unabhängigkeit der übrig gebliebenen Türkei vergrößert und ihre Verbannung vermindert werde. Auf der anderen Seite sind die Franzosen und die Italiener mehr für eine Abänderung des Vertrags und ihren Wünschen muß vollste Bedeutung beigegeben werden. Italien.

soll noch mehr als Frankreich für eine Rückgabe von Smyrna und Thrazien an die Türkei sein.

Die Grenz in Irland vor dem Unterhaus.

London, 22. Febr. Bei der Aussprache über die Antwort auf die Thronrede im Unterhaus brachte Woodhouse einen Zusatzantrag ein, das Verhalten der Regierung in Irland zu verurteilen. Der Staatssekretär für Irland sagte, die Regierung habe nur die Wahl gehabt, zu kapitulieren oder den Mordanschlag zu bekämpfen. Die Strafen seien in Uebereinstimmung mit dem Kriegsrecht angeordnet. Wenn Ueberschreitungen stattgefunden haben sollten, so werden die Schuldigen bestraft werden. Lord Robert Curzon, der jetzt zur Opposition gehört, erinnerte an die Niederbrennung der Häuser in Corl u. s. w. Wenn dergleichen in den Kolonien vorgekommen wäre, so würde eine Untersuchung eingeleitet worden sein. Die Regierung solle endlich aufhören, die Vorgänge in Irland zu verdecken. Er verlange eine Untersuchung. — Der Antrag Woodhouse wurde mit 267 gegen 88 Stimmen abgelehnt.

Nachrichten aus dem Osten.

Paris, 22. Febr. (Havas.) Der Generalkommandant der griechischen Truppen in Kleinasien, Oberst Sarriani, sandte einen günstigen Bericht. Die Griechen seien in der Lage, in drei Monaten Angora zu erobern. — Der französische Beichtshaber in Syrien, General Gouraud, meldet, die Verteidigung der Türken in dem jetzt eroberten Antak bewerte den hohen Geschichtswert der Truppen Kemal Paschas. Sie seien auch mit Waffen und Munition gut ausgerüstet und haben an einzelnen Tagen bis zu 2000 Granaten verschossen.

Konstantinopel, 22. Febr. Die griechische Regierung hat in Moskau Einspruch erhoben, daß unter den armenischen Banden, die Georgien angriffen, mehrere Sowjetregimente seien, die das Waffenlager in Tiflis besetzt haben. Die Regierung hat 8 neue Jahressklassen zu den Waffen gerufen. — In Erivan soll die bolschewistisch-armenische Regierung gestürzt und durch eine national-armenische ersetzt sein.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

München, 22. Febr. Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes wurde gestern die Konferenz der deutschen Ernährungsminister im bayer. Landwirtschaftsministerium eröffnet. Nach dem amtlichen Bericht bestand Einmütigkeit, daß die Zeit für völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft noch nicht gekommen sei. Die Mehrheit sprach sich für das Umlageverfahren aus, für das von verschiedenen Staaten Vorschläge ausgearbeitet worden sind. Gegen das von der Kommission des Reichswirtschaftsrats vorgeschlagene Monopol für den Ankauf ausländischen Getreides wurden Bedenken geäußert, die vom Reichsminister geteilt werden. Letzterer teilte mit, daß vom 16. März an die Beschaffenheit des Roggmehlis verbessert werden soll, indem das Getreide nur auf 70 Prozent ausgemahlen wird.

Die Vorschläge zum Umlageverfahren.

Nach Blättermeldungen besteht der Vorschlag des Reichsernährungsministers darin, daß auf der Grundlage der Vorjahrsernte von dem Inlandgetreide 40 Prozent durch Umlage gezahlt werden sollen. Davon gehen etwa 20 Prozent für Saatgut und Deputate ab, so daß zur Bewirtschaftung 20 Prozent übrig bleiben. 60 Prozent der Ernte sollen dem freien Verkehr verbleiben. An der Brotration von 1900 Gramm soll festgehalten werden. Das aus dem freien Inlandgetreide hergestellte Brot soll freihändig käuflich sein. Da bei diesem Umlageverfahren eine höhere Getreidezufuhr aus dem Ausland nötig wäre, müßte auch der Preis entsprechend höher angesetzt werden. Der preussische Landwirtschaftsminister hat einen anderen Vorschlag gemacht, demzufolge der durchschnittliche Ernteertrag der Jahre 1904 bis 1913 maßgebend sein soll. Landwirte, die ihrer Umlagepflicht nicht nachkommen, haben den Fehlbetrag in Bargeld nach dem Preis für Inlandgetreide zu ersetzen. Den Uberschuss über die Umlage soll der Landwirt im eigenen Betrieb verwenden dürfen, was er aber davon nicht verbraucht, darf er nicht freihändig verkaufen sondern soll es wieder an das Reich abliefern.

Aberdunst soll ihm für diesen Uberschuss der doppelte Preis bezahlt werden, nicht in Bargeld, sondern in künstlichen Düngemitteln. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls der Ministerkonferenz vorgelegt.

Die Eisenbahntarifserhöhung.

München, 22. Febr. Der bayerische Landesbahnrat sprach sich dafür aus, daß bei der an sich nicht wohl vermeidlichen Tarifierhöhung die Schwierigkeit der Volksernährung zu berücksichtigen sei. Die durchschnittliche Erhöhung von 65 Proz. bei Güter- und 30 Proz. bei Personentarifen sollte nicht überschritten werden. Damit sollten aber auch die Tarifierhöhungen abgeschlossen sein. Fehlbeträge sollen vielmehr durch sparsame Wirtschaft ausgeglichen werden. Nahrungs- und Dünge-mittel sollten von der Tarifierhöhung ausgeschlossen sein und für Kohlen bei Entfernungen über 400 Kilometer die Anstoßsätze weiter ermäßigt werden.

Die Landtagswahlen in Preußen.

Berlin, 22. Febr. Nach den bisherigen Feststellungen erscheinen 399 Abgeordnete als gewählt, davon Mehrheitssozialdemokraten 106, Demokraten 25, Zentrum 79, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale Volkspartei 72, Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes 4, Unabhängige 26, Vereinigte Kommunisten 30.

Zu den 399 neugewählten Abgeordneten treten noch die bisherigen 22 Abgeordneten des Kreises 9 (Obereschleien) aus der Landesversammlung hinzu, so daß die Gesamtzahl 421 beträgt. Davon sind Mehrheitssozialdemokraten 113, Demokraten 26, Zentrum 90, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale 73, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 4, Unabhängige 28 und Vereinigte Kommunisten 30.

Nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 hatte Preußen 31 103 337 Einwohner, wovon etwa 19 Millionen wahlberechtigt sind. Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 haben 15 238 390 Personen oder über 80 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die jetzige Wählerzahl ist noch nicht genau festgestellt. Nach dem neuen Wahlgesetz ist Preußen in 23 Wahlkreise eingeteilt, die wiederum in Wahlbezirke von nicht mehr als 2500 Einwohner zerfallen. Auf je 40 000 abgegebene Stimmen soll ein Abgeordneter kommen, die Gesamtzahl der Abgeordneten ist also nicht, wie früher allgemein, feststehend, sondern beweglich, wie bekanntlich auch im Reichstag, wo ein Abgeordneter auf 60 000 Stimmen kommt. Je mehr Stimmen abgegeben werden, desto größer ist die Zahl der Abgeordneten.

Die bisherige Verfassungsgebende preussische Landesversammlung bestand aus 400 Abgeordneten. Und zwar besaßen Mandate: die Sozialdemokraten 145, Zentrum 94, Demokraten 66, Deutschnationale Volkspartei 50, Unabhängige 24, Deutsche Volkspartei 21, Deutsch-Hannoveraner 2. Dabei ist zu bemerken, daß beim Zentrum 5 Deutsch-Hannoveraner als Gäste verzeichnet sind. — Bei den Wahlen war diesmal die Verwendung von Zeitungspapier für die Stimmzettel für zulässig erklärt worden.

Berlin, 22. Febr. Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden würde, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von den gleichen Parteien der Koalition getragen würden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

Kiel, 22. Febr. Auf Grund der nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein entfallen auf die Deutschnationalen 2 Mandate, die Deutsche Volkspartei 2 Mandate, die Demokraten 1 Mandat, die Mehrheitssozialdemokraten 4 Mandate. — Für den Landtag sind als gewählt zu betrachten: Deutschnationale 3, Deutsche Volkspartei 3, Demokraten 1, Mehrheitssozialdemokraten 6, Kommunisten 1.

Unter Sonnengluten.

Ein südländischer Roman zu Wasser und zu Lande.
Von Erich Frießen.

(Nachdruck verboten.)

Die kleine Hilde von Gersdorf ist nicht neidisch auf die Triumphe der Arcundin; nur daß auch Dr. Rosen für den sie schon seit ihren Badsschiffahren schwärmt, so offen sein Interesse für Gerda zeigt, betrübt sie.

Zwar wagte sie nie zu hoffen, daß er, der berühmte Schriftsteller, ihr, dem unbedeutenden kleinen Mädchen, sein Herz schenken würde. Aber dennoch — dennoch! — und Gerda selbst?

Wäre sie nur etwas weiser, etwas weniger kindlich harmlos — sie würde dieser glänzenden Atmosphäre entfliehen, die ihr Köpfchen umnebelt und ihre Sinnen völlig gefangen zu nehmen beginnt.

Aber nein — wie von einer unüberwindlichen Macht getrieben verstrickt ihr Herzchen sich immer tiefer in die glühenden Maschen einer Leidenschaft, von der sie noch nichts ahnt. Gleich der Motte, die in immer engeren Kreisen die verderbenbringende Flamme umzieht.

Nach fünf Tagen herrlichster Fahrt nähert sich in später Nacht der „Bismarck“ der ägyptischen Hafenstadt Alexandria.

Das Meer ist ruhig mit einer Gewissenhaftigkeit, als es nie gestürmt und getobt hätte! Wie ein Geistergeschiff gleitet der „Bismarck“ dahin.

Bermüdete Gestalten wandeln auf dem Verdeck. Soweit der Blick reicht — alles schwarz. Kein begnendes Fahrzeug, keine starrende Insel — erhabene Einsamkeit ringsum.

Dann aber hebt sich im Morgengrauen der „dunkle Erdteil“.

Aus dem Frührot löst sich der schlante Leuchtturm, der Hasen, in dem sich Masten und Takelwerk klar vom Himmel abzeichnen, die ganze, von roter Glut überglommene Stadt mit ihren Kuppeln und Minaretts. Das Wunderland der Pyramiden tut sich auf vor den entzückten Blicken.

Dampf rässeln die Ankerketten zur Tiefe.

Höher steigt die Sonne.

An Deck die ganze Schiffsgesellschaft reisefertig.

Voll freudiger Erregung wartet alles auf den Tender, der die Passagiere an Land bringen soll.

Mit großen, verwunderten Augen lehnt Gerda Altwing an der Reeling.

Unten Barke an Barke.

Schreien, Lachen, Gestikulieren. Alle nur möglichen Gegenstände werden angeboten. Fächer, Dattelnwürste, Dölkchen, Mandarinen, Blumen, Papageien, kleine Affen.

In den Gesichtern der Passagiere unerschütterliche Ruhe. — Sie wissen, dies ist nur ein Vorspiel zu Kairo.

Also auf nach der ägyptischen Metropole! Auf nach Kairo!

Bergebens hat Sir Reginald versucht, in Gerdas Nähe zu bleiben.

Als einer der ersten bestieg der alte Oberst von Gersdorf mit seiner Gesellschaft den Tender.

Gerade in dem Augenblick, da Reginald ihr folgen will, tritt Olivia mit einer Frage an ihn heran.

Der Tender unten stößt ab, und bald entschwindet er Sir Reginalds sehnsüchtigen Blicken.

Was nützt es ihm, daß das Schiffchen nach einer halben Stunde zurückkommt, um die zweite Ladung von Passagieren an Land zu holen!

Er ist von Gerda getrennt! Und wer weiß, ob er sie im Trübel der ägyptischen Metropole gleich wiederfindet!

Raum beachtet er die wunderbare Gegend, die der Erdbühnen durchliegt.

Palmenhaine, Mischlammfelder, Beduinenslager, Kamelkarawane, Wäffelherden, Jellabdröser — alles zieht

gleich einer buntsfarbigen Wandeldekoration vorüber.

Seine Gedanken weisen nur bei ihr, die in den wenigen Tagen sein ganzes Herz gefangen genommen.

Als er in Kairo das Kupee verläßt, sieht er gerade noch, wie der Oberst mit seiner Gesellschaft in zwei Wagen davonfährt.

Auch er will einen Wagen besteigen, um ihnen zu folgen.

Doch schon sind die wenigen Wagen von der anstürmenden Kesselfgesellschaft mit Beschlag belegt.

Mürrütig trottet er davon, es dem Zufall überlassend ob ihm in dem Getriebe oder ägyptischen Weltstadt Gerdas Sonnengesichtchen aufstrahlen wird oder nicht.

„Baron! — Güter Esel!“ Landsmann — Bismarck-Esel! — O schön reiten!“ plärrt ihm ein halbnahter brauner Eseljunge entgegen.

Gleich, darauf hoppelt Sir Reginald hoch zu Esel von dannen — der Nilbrücke zu.

Geheimnisvoll murmeln dort unten die Wasser des heiligen Nilflusses. Aus weiter Ferne ragen die gewaltigen Quadersteine der Cheops-Pyramide herüber — dieses Weltwunder antiker Bauleist.

Eine Anzahl Wagen jagt an dem einsamen Retter vorbei — ein Teil der Schiffsgesellschaft, der zuerst Kairo's größte Sehenswürdigkeit, die Pyramiden von Gizeh, in Augenschein nehmen will.

Lachen, Rufe, Winken.

Doch Sir Reginald wehrt ab. Ein Blick über die Wagenburg hat ihm gelehrt, daß Gerda nicht unter der fröhlichen Gesellschaft ist.

So bleibt er lieber allein für sich und grübelt nach über der närrische Welt, läßt er an seinem geistigen Auge die Wölferbilder vergangener Jahrhunderte vorbeivalen mit ihren Träumen und ihrem Geschwätz, die nun längst vergangen sind, wie das hinabplätschernde Nilwasser und der Flugand der Libyschen Wüste.

(Fortsetzung folgt.)

Wein- und Obsterte in Württemberg im Jahr 1920. Im Jahr 1920 betrug die Zahl der Weinbaugemeinden 359 gegen 361 im Jahr 1919, die im Ertrag stehende Weinbaufläche 10.897 Hektar gegen 10.839 Hektar im Jahr 1919. Der erzielte Gesamt-ertrag von 1920 berechnet sich zu 158.469 Hektoliter oder auf 1 Hektar 14,5 Hektol., gegen 160.359 Hektol. und 14,8 Hektol. im Jahr 1919. Die Preisbildung vollzog sich zum ersten Mal wieder seit dem Jahr 1917 im freien Spiel des Handels. Es berechnet sich der unter der Kelter erzielte Preis im Landesdurchschnitt zu 952,52 Mark für 1 Hektol., der Gesamterlös zu 108.485.049 Mark gegen 58.193.201 Mark i. J. 1917 und 14.744.641 Mark in dem quantitativ guten Jahrgang 1904. Der Gesamtgehwert der 1920er Weinernte, wie er sich auf Grund der Ertragsmengen und der unter der Kelter erzielten Preise ergibt, berechnet sich zu 149 Mill. 961.579 Mk. oder rund 150 Millionen Mark, gegen 69 Millionen Mark im Jahr 1917 und 20 Millionen Mark in dem guten Jahrgang 1904.

Der Gesamtgehwert des Obstertrags berechnet sich zu 121.570.281 Mk. Der tatsächliche Gehwert wird, da die Preise von Äpfeln und Birnen sich höher stellen als die der Berechnung des Gehwerts zu Grunde gelegten, noch höher angenommen werden dürfen. (1919 82,7, 1918 28,4, 1917 47,5, 1908 13,8, 1900 19,1, 1893 12,4, 1888 14 Millionen Mk.). An der Spitze stehen die Bezirke Dehringen (7.350.115 Mk.), Stuttgart-Stadt (6.618.870 Mk.), Tettnang (5.627.260 Mk.), Waiblingen (4.484.500 Mk.), Göppingen (4.068.123 Mk.). Von dem Gesamtgehwert mit 121.570.281 Mk. entfallen auf Äpfel 77.244.922 Mk. = 63,5 Prozent, auf Birnen 23.746.286 Mark = 19,5 Prozent, auf Pflaumen und Zwetschgen 12.365.436 Mk. = 10,2 Prozent, auf Kirschen 8.213.637 Mark = 6,8 Prozent.



Vom Wettermachen. Wer mehrere Jahre hindurch die Wetterprognosen der Wetterwarten täglich geprüft hat, wird gefunden haben, daß die Vorhersage sehr oft unrichtig war, oder ganz allgemein und vage deutend lautete, weshalb sie jeder anders auffassen konnte. Aber damit ist niemand gebiet, am wenigsten den Landwirten zur Zeit der Ernte. Selbst angenommen, die Wetterarten, welche jeden Tag erscheinen, könnten die Witterung auf 24 Stunden mit Sicherheit angeben, so wäre doch wenig erreicht, weil die telegraphischen Meldungen erst mittags angeht, in den meisten Gegenden aber gar nicht bekannt gegeben werden. Da ist jedem, der mit seinen Arbeiten auf's Wetter angewiesen ist, ein erprobter Wetterprophet willkommen. Ein solcher ist entchieden Math. Schumder's Wetterkalender für 1921. (Zu beziehen vom Verlag Kelter und Cie Dillingen a. d. Donau). Wertvoll ist dieser Kalender durch seine Arbeitskalender für Landwirte, Gärtner, Züchter, Jäger und Fischer. Wir geben hier ein Beispiel:

Arbeiten im Garten im Februar. Im Gemüsegarten wird bei günstigem Wetter fortgeführt das Gartenland umzugraben und zu düngen. Die Mistbeete werden mit frühem Gemüse angefüllt. In Tabakgegenden werden die Warmkästen eingefüllt. In besonders günstiger Lage kann man schon Ende Februar Spinat, Karotten, Zwiebeln, Erbsen und Schwarzwurzeln ins Freie säen, nachdem der Boden abgetrocknet und für die Aussaat

entsprechend vorbereitet ist. Die Baumgehäusen mit ihren anzapflanzende Obstbäume werden vorbereitet. Die Obst-vorräte sind gegen den zeitweiligen scharfen Frost in diesem Monat gehörig zu sichern, bei Eintritt der milderen Witterung, gegen Ende des Monats, aber wieder gründlich durchzulüften. Heberstille Vorräte werden gegen Ende des Monats abgehoben, da dann die Obstpreise meist ihren Höhepunkt erreichen. Bei trockener Witterung beginnt gegen Ende des Monats der Neben- und Baumschnitt.

Arbeiten auf Acker und Feld: In der zweiten Hälfte des Februar wird in den wärmeren Lagen der großen Flußtäler der Schnee schmelzen. Die Bestellung der Felder beginnt. Leeobara und Winterjaan, die durch den Winter gelitten haben, muß nachgeholfen werden. Eine Heberstille, schwacher Winterjaan mit schwefelsaurem Ammoniak oder Ammoniumsulfat kann große Erfolge zeitigen. Sind die Säen durch den Frost gehoben, so ist ein Anweizen geboten, sobald der Bodenmehrigkeitszustand die Ausführung dieser Arbeiten ermöglicht, denn dadurch werden die gelockerten und gehobenen Wurzeln an den Boden gedrückt, können festen Fuß fassen und die Ernährung der Pflanzen besorgen. Das Abeggen moosiger Wiesen muß jetzt geschehen; Steine müssen zusammengeführt und entfernt werden. Maulwurfs- und Ameisenbau sind einzubrennen. Die Gräben sind zu reinigen und in Stand zu setzen. Der Gräbenausbau wird auf die Wiesen verteilt oder zur Kompostbereitung abgefahren. Sind in Wiesen und Aeckern Drainagen vorhanden, so müssen namentlich die Ausmündungen derselben reaktionsfähig und fest werden.

Cigarrenfabrik-Lager

Günstigste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer!

CHR. SCHMID & SOHN

FERNRUF 85.

Schuhe für Minderbemittelte.

Es wurden uns zugewiesen:

23 Paar Herrenstiefel Salamander	Mk. 175
24 " " Klasse A	" 125
15 " " Klasse B	" 90
31 " Damenstiefel Klasse A	" 110
7 " " Klasse B	" 90
8 " Mädchenstiefel Klasse B	" 50
Größe 31/35	
9 " Kinderstiefel Klasse B Größe 27/30	" 35
11 " Knabenstiefel Klasse A	" 90

Anmeldung von Minderbemittelte bis Freitag mittag 12 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Liederfranz Wildbad.

Am Samstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, findet im Hotel Lamm unsere diesjährige

General-Versammlung

hatt. Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Neuwahlen.
3. Anträge und verschiedenes.
Die verehelichten aktiven und passiven Mitglieder werden gebeten vollständig zu erscheinen.

Der Ausschuß.



Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein Wildbad.

Am Sonntag, den 27. Februar 1921 nachmittags 1/2 Uhr findet im Gasthaus zur Eisenbahn hier

Gau-General-Versammlung

hatt. Wegen wichtiger Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen unserer Mitglieder erforderlich!

Der Vorstand.

Persil

wäscht schneeweiß, ersetzt Rosenbleiche, schont und erhält die Wäsche, spart Arbeit Seife u. Kohlen.

Bestes selbsttätiges **Waschmittel**

Preis Mk. 4.— das Paket.

Henkel & Cie., Düsseldorf.

Zum Eintritt per April-Mai ds. Js. kann

Lehrling

mit nachw. guter Schulbildung, der Lust hat, die kaufmännische Laufbahn im Holzfach einzuschlagen, eintreten im

Windhoffägewerk Wildbad.

Pfannkuch & Cie.

Jüngerer, tüchtiges **Zimmer-Mädchen** welches auch Servieren kann, auf 1. März gesucht. Alte Linde.

Weiterer Fett-Abschlag:

Schweine-schmalz

Pfund **13.50**

Cocosfett, offen

Pfund **12.50**

Pflanzenfett in Tafeln

Pfund **13.-u.12.50**

Margarine

Pfund **11.50**

Margarine

Marke 'Perplex', bester Butterersatz

Pfund **13.50**

Von neuer Sendung:

prima Salatöl

p. Ltr. **21.-**

PFANNKUCH & Cie., G. m. b. H.

Loschl Nährzucker, Milchzucker, Muffel's u. Kufeke's

Kindernahrung, Knorr's Hafermehl, Biomalz, Malzextrakt.

Medic.-Drogerie A. & W. Schmit.

Ein fleißiges, ehrliches **Mädchen**

wird für sofort oder 1. März bei hohem Lohn gesucht. Zu erfragen in der Tagblattgeschäftsstelle.

Wasserglas

rein filtrierte Ware. **MEDICINAL-DROGERIE A. & W. Schmit.**

Chepaar mit 3 Kindern, sucht

möbl. Wohnung

mit Küchenbenützung, bestehend aus 2 Schlafzimmern mit 5 Betten, event. 2 Kinderbetten, davon Wohnzimmer u. Küche und Garten für einige Monate. Möglichst beginnend am 15. März oder 1. April. Angebote mit Preis einschl. Bedienung erbeten unter S. 44 an die Tagblattgeschäftsstelle.

M. C. W.
Heute Mittwoch abend 8 Uhr im Lokal.

Habe im Auftrag zu verkaufen:

2 getragene Anzüge, 2 getragene Hosen mit Weste, eine Knaben-Hose. Schneidermstr. Rieginger.

Sämtliche **Haarspangen** sowie **Celluloid-Waren-Reparaturen** werden sauber ausgeführt. **Medicinal-Drogerie A. & W. Schmit.**

Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der Direction der Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Wildbad

Staatspapiere.	Pfandbriefe.
5% Deutsch. Reichsanleihe 77.35	4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank 194.0
4% dergl. 68.-	4% Frankf. Hypothekenbk. 101.0
5% I. Deutsche Schatzanw. —	3 1/2% dergl. 89.0
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 1924 91.-	4% Prft. Hypoth.-Creditv. 95.-
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919 85.-	3 1/2% dergl. 85.-
4% Preuss. Konsols 66.75	
3 1/2% dergl. 67.10	Industrie-Obligationen.
3% dergl. 64.70	4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodafl. 114.-
1% Ind. Staats-Anleihe 73.75	5% Chem. Fabr. Gröshelm 105.0
3 1/2% dergl. —	4 1/2% Allg. Elektr.-Ges. 104.0
1% Württ. Staats-Anleihe 83.-	5% D. Usbernes-EL-Ges. —
3 1/2% dergl. v. 1875 93.25	4% Maschinenfab. Essling 102.-
3 1/2% dergl. v. 1879/80 74.50	4 1/2% M. Hahn A.-G.-Obl. 102.-
1885/90 —	
1 1/2% dergl. v. 1908 u. ff. 66.00	Aktien.
1% dergl. 65.00	Darmstädter Bank 178.0
	Deutsche Bank 295.-
Nachte-Obligat.	Disc.-Kommantit Anteile 241.-
1 1/2% Baden-Baden —	Dre-dner Bank. 209.0
1 1/2% dergl. 82.-	Bochumer Bergb.-Gusst. 445.-
1% Darmstadt 80.50	Deutsch-Luxemb.-Bergw. 3 2/3
1 1/2% dergl. 72.-	Gelsenkirchener Bergwerk 332.-
4% Esslingen 97.-	Gelsenkirchener Gussstahl 401.-
1% Frankfurt a. M. 98.75	Harpener Bergbau 442.-
3 1/2% dergl. 93.-	Maennemann 537.-
1 1/2% Freiburg i. Br. 89.-	Pöschel Bergbau 371.0
3 1/2% dergl. 75.-	Allg. Elektr.-Ges. 298.-
4% Karlsruhe i. Bad. 91.-	Bad. Anilin- u. Sodaflabr. 502.-
3 1/2% dergl. —	Chem. Fabr. Gröshelm 389.-
1% München —	Daimler Werke 290.-
1% Pforzheim —	Maschinenfabrik Esslingen 292.0
3 1/2% dergl. 67.80	Gebr. Janghaus 273.0
4% Stuttgart 91.-	Magirus 377.-
3 1/2% dergl. 76.-	Siemens u. Halske 204.0
4% Ulm a. D. —	Hamburg-America-Pac. 196.-
3 1/2% dergl. —	Nordd. Lloyd 196.-
	Devisen.
Pfandbriefe.	Amerika 60.-
4 1/2% Württ. Hypothekenbk. 102.50	England 248.0
3 1/2% dergl. - vorlosbar - 92.50	Frankreich 441.0
3 1/2% dergl. per 1912/15 90.-	Holland 203.0
4% Württ. Kreditverein 102.50	Schweiz 1000.-
3 1/2% dergl. - ganzjährig - 99.25	
2 1/2% dergl. - halbjährig - 98.25	

Meyers Konversationslexikon
verkauft oder verauscht.
E. Reinhardt.

Herren

Stärke-Wäsche
liefert in 8-10 Tagen
Grosswäscherol
Schorpp.
Annahmestelle:
Witwe Volz
Wildbad
Wilhelmstr. 91.